



15. November 2019

Philippinen: Regierung stuft Christen als Terrorgruppe ein

Kritik von Kirchenleitern an gewaltsamem Vorgehen von Behörden als Grund vermutet

(Open Doors, Kelkheim) – Der philippinische Verteidigungsminister hat im Rahmen eines militärischen Sicherheitsbriefings in der Hauptstadt Manila mehrere kirchliche und humanitäre Organisationen beschuldigt, Teil der „kommunistischen Front“ zu sein. Davon betroffen ist auch der Evangelische Nationale Kirchenrat der Philippinen (NCCP), der sich gegen diese Einordnung verwahrte. Die Christen im Land befürchten weitreichende Folgen einer derartigen Stigmatisierung.



Betender Christ in einer der zahlreichen Kirchen von Manila

Kirchen verstehen sich als „prophetische Stimme“

Wörtlich war bei dem Briefing von „kommunistisch-terroristischen Tarnorganisationen“ die Rede. Die Kommunistische Partei auf den Philippinen gilt als aufständische Bewegung und ist von der Regierung verboten. In einer ersten Reaktion ließ der NCCP verlautbaren, dass man „die böswillige und unvorsichtige Einordnung durch die philippinischen Streitkräfte“ scharf verurteile. „Wir werden weiterhin entschlossen als prophetische Stimme den Menschen dienen, auch wenn der demokratische Spielraum ab- und die Straflosigkeit zunimmt.“ Der protestantische Rat vertritt 12 Millionen Christen und übte unter anderem deutliche Kritik am „Anti-Drogen-Krieg“ der Regierung, der bislang Tausende von Menschenleben gefordert hat. Die Ankündigung des Militärs kam am selben Tag, als Kirchenleiter in Manila gegen das Vorgehen der Behörden gegen Regierungskritiker demonstrierten. „Das könnten Gründe sein, warum [Christen] an den Pranger gestellt werden“, sagte ein Sprecher von Open Doors. „Auch wenn die Kirchen nicht von Schließung bedroht sind, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie von der Polizei schikaniert werden.“

Ermutung zu Angriffen auf Kirchen und Pastoren

Laut Aussagen einiger Kirchenleiter folgen auf ein solches „rotes Etikett“ im Allgemeinen andere, schwerwiegendere Sanktionen. Die philippinische ökumenische Friedensplattform, zu der auch der Evangelische Rat gehört, wies auf aktuelle Fälle hin, bei denen führende Geistliche fälschlicherweise als Aufrührer bezeichnet und mit weiteren, unbegründeten Anschuldigungen konfrontiert wurden.

„Aktivisten und Priester, aber auch Kirchengebäude könnten zum Ziel von Schüssen aus vorbeifahrenden Autos oder Mopeds werden, wie es bereits hin und wieder geschieht“, bestätigt Thomas Müller, Analyst der Forschungsabteilung World Watch Research von Open Doors. „Und die Untersuchungen derartiger Angriffe sind bestenfalls lückenhaft. Wenn Manila also indirekt sagt, dass die Kirchen sich die Reaktionen auf ihr Verhalten selbst zuschreiben müssen, kann dies als Ermutung zu weiteren Angriffen verstanden werden.“

Die Situation auf den Philippinen sei jedoch komplex und die Grenzen sind nicht immer so klar, betont Müller. „Eine Person, die Gemeinden in kommunistisch geprägten Gebieten betreute, berichtete mir einmal, dass die Kirchen manchmal eine ungesunde Nähe zu den Konfliktparteien zulassen. Auf der anderen Seite ist es sehr leicht, jemanden als Kommunisten zu brandmarken, nur weil er von lokalen Anführern ausgenutzt wird.“

Die Philippinen sind derzeit nicht unter den 50 Ländern des [Weltverfolgungsindex](#) von Open Doors, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quelle: Open Doors, UCA News